

## Dr. Julius Deutsch gegen FM. v. Kövek.

### Eine unerquidliche Polemik.

Gegen die von Feldmarschall v. Kövek veröffentlichte geharnischte Erklärung versendet Unterstaatssekretär Dr. Julius Deutsch unter der etwas überheblichen Uberschrift „Zurückweisung“ folgende Polemik:

Feldmarschall Kövek, der im Namen einer gar nicht mehr bestehenden Amtsstelle Erklärungen beschickt, versucht, meine seinerzeitigen Ausführungen im Wehrausschuß der Nationalversammlung über die Demobilisierung in ein schiefes Licht zu stellen. Ich habe vor allem nicht gesagt, daß der Staat durch die rasche Abrüstung „mehrere“ Millionen erspart, sondern erklärt, daß dadurch „viele“ Millionen erübrigt wurden. Hätten wir versucht, die Abrüstung nach dem Plane des alten Generalstabes durchzuführen, so würde die Armee noch viele Monate zu erhalten gewesen sein, was hunderte Millionen gekostet hätte. Ueberdies wären der Volkswirtschaft die besten Kräfte vorenthalten geblieben, die Fabrikbetriebsmittel und Eisenbahnen wären zum Teil monatelang dem Verkehr entzogen gewesen und — was das Wichtigste ist — alle Bauern und Arbeiter, alle Techniker und Beamten, die längst zu Hause sind, stünden noch immer in irgendeiner militärischen Dienstleistung. Der verhältnismäßig geringe Sachschaden, den die rasche Abrüstung an einigen wenigen Stellen herbeiführte, kommt gegenüber diesen Vorteilen überhaupt nicht in Betracht. FM. Kövek läßt zugleich verlautbarn, daß er an das Staatsamt für Heerwesen eine Zuschrift gegen die „Pauschalverdächtigung von Offizieren“ gerichtet habe. Ich habe eine solche Zuschrift nie zu Gesicht bekommen. Wäre dies der Fall gewesen, dann hätte ich geantwortet, daß jene Herren, die während des Krieges im weichen Pfühl des Armeeeoberkommandos und seiner Stäbe saßen, nicht das Recht haben, im Namen der tapferen und von allen geachteten Frontoffiziere zu reden. Dr. Julius Deutsch, Unterstaatssekretär im Deutschösterreichischen Staatsamt für Heerwesen.

Es wird auch der inflammierteste Parteigänger des Herrn Dr. Julius Deutsch nicht behaupten können, daß vorstehende Polemik gegen den verdienstvollen Heerführer glücklich sei. Ob Dr. Deutsch „mehrere“ oder „viele“ Millionen gesagt hat, dürfte der weitesten Öffentlichkeit völlig gleichgültig sein. Noch schwächer sind nach der gestrigen Feststellung des Feldmarschalls, daß der Generalstab bei seinem Demobilisierungsplane von der Voraussetzung einer ordnungsgemäßen Demobilisierung vorausging, die Lobsprüche, die Dr. Deutsch der Demobilisierung, wie sie infolge des Zusammenbruchs vor sich gegangen ist, freigebig erteilt. Daß der Sachschaden, den der Staat dabei erlitten hat, „verhältnismäßig gering“ sei und neben den „Vorteilen“ gar nicht in Betracht komme, widerspricht so sehr allem, was bisher über die Verluste bekannt geworden ist und von den Heimkehrern, also den Augenzeugen erzählt wird, daß daneben allgemeine vage Behauptungen nichts bedeuten. Es ist auch ein Irrtum, zu meinen, daß alle Heimkehrer, die „längst zu Hause sind“, auch schon ein Unterkommen besitzen und von den „Vorteilen“ übermäßig entzückt seien. Das Unterkommen bei der „Volkswehr“ war, obwohl der Jahresaufwand für sie 500 Millionen Kronen beträgt, also fast so viel wie vor dem Kriege der Aufwand für das gemeinsame Heer der Gesamtmonarchie, sehr beschränkt. Wenn schließlich Dr. Julius Deutsch ausgerechnet dem Feldmarschall v. Kövek, also einem der volkstümlichsten, erfolgreichsten und pflichteifrigsten Heerführer, das Recht bestreitet, im Namen von Frontoffizieren zu sprechen und ihm, ausgerechnet ihm, den „weichen Pfühl des OK“ vorhält, so genügt es, solche — Einfälle für die richtende Nachwelt zu verzeichnen. Es gibt niemanden im ganzen Staate, der nicht wünschte, daß alle Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, nirgends wurde dies nachdrücklicher gefordert als in diesen Spalten. Aber der Tintenkrieg gegen den ganzen Stand, gegen die Gesamtheit der Truppenführer, von denen der Statistik zufolge jeder fünfte Mann gefallen ist, sollte endlich aufhören. Und wenn sich

FM. v. Kövek dagegen mit geziemender Schärfe verwahrt hat, so verdiente er dafür den Dank und die Unterstützung des Staatssekretariats für Heerwesen, nicht eine maßlos ungerechte und beleidigende Erwiderung.